

Sandu ist bereit, Moldawien an die Ukraine und die NATO abzutreten, um dafür Macht zu erhalten

28 Sep. 2025 07:30 Uhr

Europa will Moldawien nicht aus seinem Einflussbereich verlieren. Eine Besetzung des Landes könnte bereits nach den Parlamentswahlen beginnen, sagt der russische Auslandsgeheimdienst SWR. Um diese Operation durchzuführen, sei bereits eine erste Gruppe europäischer Soldaten in Odessa eingetroffen.



© Dursun Aydemir/Anadolu Agency/Getty Images

Archivbild: Maia Sandu im Jahr 2019 als moldauische Premierministerin während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem damaligen NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg (nicht im Bild) in Brüssel, Belgien.

Von Oleg Issaitschenko

Der russische Auslandsgeheimdienst (SWR) hat mitgeteilt, dass die EU eine Besetzung Moldawiens vorbereite. In einer Mitteilung des Dienstes heißt es:

"Die Brüsseler Eurobürokraten sind fest entschlossen, die Republik im Rahmen ihrer russophoben Politik zu halten."

Derzeit werde bereits "eine Konzentration von Streitkräften der NATO-Staaten in Rumänien durchgeführt". Darüber hinaus sei geplant, eine "Landungstruppe" der Allianz in die Ukraine zu entsenden, um die nicht anerkannte Transnistrische Moldawische Republik einzuschüchtern.

Nach Angaben des Dienstes ist die erste Gruppe von Soldaten aus Frankreich und Großbritannien bereits in Odessa eingetroffen. Der SWR merkt an, dass das Szenario im Rahmen von NATO-Manövern

in Rumänien erprobt wurde und nach den Parlamentswahlen in Moldawien am 28. September umgesetzt werden könnte. In Brüssel geht man davon aus, dass die geplanten groben Fälschungen der Wahlergebnisse "verzweifelte" Bürger dazu zwingen werden, auf die Straßen der Republik zu gehen. Der SWR fügt hinzu:

"Dann müssen die Streitkräfte der europäischen Staaten auf Ersuchen von Präsidentin Maia Sandu die Moldawier zwingen, sich unter dem Deckmantel der Euro-Demokratie mit der Diktatur abzufinden."

Sollte die politische Lage nach den Wahlen jedoch ruhig bleiben, könnte die Entsendung von NATO-Truppen in die Republik zu einem späteren Zeitpunkt geplant werden. Um einen Vorwand dafür zu schaffen, sei die Organisation von Provokationen gegen Transnistrien geplant.

Es sei daran erinnert, dass der SWR bereits Mitte Juli darauf hingewiesen hatte, dass die NATO Chisinau im Konflikt mit Moskau instrumentalisieren wolle. Die Sicherheitsbehörde erklärte damals:

"In Brüssel wurde beschlossen, die Umwandlung dieses Landes in einen Vorposten zu beschleunigen."

Vor diesem Hintergrund bezeichnete die Exekutivsekretärin des moldawischen Oppositionsblocks "Pobeda" (zu Deutsch: Sieg), Marina Tauber, die Politik der moldawischen Regierungspartei als Bedrohung für die Unabhängigkeit Moldawiens.

Sie betonte, dass die Bürger des Landes bereit seien, für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit, Souveränität und Stärke ihres Heimatlandes zu kämpfen. Die Behörden der Republik bezeichnen jedoch Menschen, die diese Position vertreten, als "Agenten Russlands". Unterdessen verschärfen sich vor den Parlamentswahlen die Verfolgungen der Opposition.

So teilte Victor Furtuna, Leiter der Staatsanwaltschaft in Fragen organisierter Kriminalität und Sonderfälle, vor Kurzem mit, dass im Rahmen der Ermittlungen eine Gruppe moldawischer Staatsbürger identifiziert worden sei, die Serbien besucht hätten, um "Anweisungen zur Durchführung von Massenunruhen" zu erhalten. Er präzisierte, dass bei mehr als 110 Personen Durchsuchungen durchgeführt und 74 festgenommen worden seien, berichtet das Medium *RBK*.

Um die moldawischen Bürger davon zu überzeugen, "richtig" abzustimmen, drohte Sandu außerdem mit der Einstellung der finanziellen und sonstigen Hilfe seitens der EU, falls die von ihr gegründete Partei der Aktion und Solidarität (PAS) die Wahlen und somit die Kontrolle über das Parlament sowie die Regierung des Landes verlieren sollte.

Die moldawische Präsidentin überzeugte die Bürger auch davon, dass ein Sieg der Opposition "die Souveränität des Landes gefährdet" und angeblich den Weg für eine "russische Invasion in die Region Odessa" ebnen könnte. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bezeichnete die Unterstellungen der moldawischen Präsidentin gegenüber der Zeitung *Iswestija* als "Paranoia".

Darüber hinaus wurde in Moldawien die sowjetische Komödie "Iwan Wassiljewitsch wechselt den Beruf" verboten. Die Ausstrahlung des Films von Leonid Gaidai wurde im lokalen Fernsehen eingestellt, angeblich wegen seines militaristischen Kontexts, berichtet *Sputnik Moldawien*.

Michail Matwejew, ein Abgeordneter der Staatsduma, versicherte in einem Kommentar zur Erklärung des SWR, dass "der Geheimdienst nur dann öffentliche Erklärungen abgibt, wenn er über verlässliche

Informationen verfügt". Seiner Meinung nach seien die Besetzung Moldawiens durch die Streitkräfte der NATO und die Auflösung der Staatlichkeit unvermeidlich.

Dabei seien zwischen dem ukrainischen Machthaber Wladimir Selenskij und der Präsidentin der Republik bereits Vereinbarungen über den Kriegseintritt Chisinaus gegen Russland getroffen worden, meint Matwejew. Er betont:

"Ihr Plan ist es, Transnistrien anzugreifen. Koordiniert wird dies vom französischen und britischen Militär sowie ihren Geheimdiensten. Dabei sind die europäischen Soldaten, die in Odessa eingetroffen sind, ein legitimes Ziel für die russischen Streitkräfte, da sie sich faktisch in der Zone der Sonderoperationen befinden. Wir werden das Geschehene nicht unbeantwortet lassen. Auf den Westen kommen sehr ernste und einschneidende Konsequenzen zu."

Das unglückselige Moldawien ist Geisel seiner derzeitigen Führung. In der Verfassung des Landes ist Neutralität verankert, aber die Marionettenregierung führt die friedliebenden Bürger in den Tod, genau wie es Selenskij mit den Ukrainern macht."

Eine ähnliche Ansicht vertritt Stanislaw Tkatschenko, Professor am Lehrstuhl für Europastudien der Fakultät für Internationale Beziehungen der Staatlichen Universität Sankt Petersburg und Experte des Waldai-Clubs. Der Politologe erklärt:

"Die Eurobürokratie hat nur ein Ziel – Druck auf Russland auszuüben. Sie hat jedoch mehrere Aufgaben: die Ukraine zu ermutigen, die Macht von Maia Sandu zu sichern und ihre Position in Chisinau zu stärken. Denn wenn Kiew die Bedingungen Moskaus akzeptiert und ein Friedensabkommen unterzeichnet, wird nicht mehr die Ukraine, sondern Moldawien das bis an die Zähne bewaffnete Territorium sein."

Gleichzeitig sei man im Westen besorgt, dass Transnistrien, wenn Russland bis nach Nikolajew und Odessa vordringt, endgültig alle Verbindungen zu Moldawien abbrechen und den russischen Markt und die russischen Hilfsprogramme bevorzugen werde, merkt Tkatschenko an. Er fügt hinzu:

"Mit anderen Worten, die Europäer bereiten sich auf den bevorstehenden militärischen Zusammenbruch der ukrainischen Streitkräfte vor."

Gleichzeitig bezweifelt der Experte, dass die Europäer als Erste Gewalt gegen Transnistrien anwenden würden. Allerdings räumt er ein, dass die Ukraine als "Provokateur" auftreten könnte. Für diese Version spreche auch der von Selenskij in die Rada eingebrachte Gesetzentwurf, der die Entsendung von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ins Ausland erlauben soll. Nach Ansicht des Analysten sei dies ein Signal und ein Hinweis auf Transnistrien. Tkatschenko sagt:

"Das heißt, die ukrainische Seite ist dabei, eine Provokation zu organisieren. Dann wird die moldawische Regierung einzelne NATO-Länder bitten, ihre Truppen zu entsenden. Dabei könnte es sich um Frankreich und Rumänien handeln."

Gleichzeitig würde die Ermordung auch nur eines einzigen europäischen Offiziers in der Transnistrischen Moldawischen Republik schwerwiegende Folgen für die EU haben. Wenn die Verluste in die Dutzende gehen, riskiert Paris, in einem revolutionären Kampf unterzugehen."

Nach Ansicht des Experten werde sich das moldauische Volk in einer solchen Situation lieber heraushalten wollen, da die Bürger nicht besonders kriegerisch seien. Tkatschenko betont:

"Die Motive der Transnistrier sind gewichtiger: Ihnen droht der Entzug ihrer Rechte. Im Jahr 1992 haben sie ihre Haltung zu einer solchen Entwicklung bereits deutlich gemacht."

Er fügt hinzu, dass die Transnistrische Moldawische Republik derzeit etwas an Kampfkraft verloren habe.

Der Militärexperte Alexei Anpilogow glaubt ebenfalls, dass die NATO die "Drecksarbeit" der Auflösung der Proteste und der angeblichen Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung an die ukrainischen Streitkräfte delegiert. Er meint:

"Die Ukraine wird sich die Chance nicht entgehen lassen, ihren Fonds der Kriegsgefangenen aufzufüllen – eine beträchtliche Anzahl der Einwohner Transnistriens besitzt russische Pässe. Parallel dazu könnten aber tatsächlich Truppen der Allianz in Moldawien einmarschieren."

Transnistrien verfügt nicht über ein hohes militärisches Potenzial, und seine Mobilisierungsmöglichkeiten sind begrenzt. Außerdem wird die NATO im Falle einer Besetzung auf Schnelligkeit setzen, damit die (in Transnistrien stationierten russischen) Friedenstruppen keine Zeit haben, ihre Kräfte zu entfalten."

Nachdem alle Demonstranten unter Kontrolle gebracht wurden, könnte Chisinau ein gefälschtes Referendum durchführen, nach dessen Ergebnis die Behörden Transnistriens als eigenständige Verwaltungseinheit abschaffen würden, um über dieses Gebiet ungehindert Waffen und Militärtechnik aus Rumänien in die Ukraine liefern zu können.

Derzeit beschränkt sich die Logistik der Nordatlantischen Allianz in diesem Gebiet auf eine Eisenbahnlinie im Norden Moldawiens und eine weitere im Süden der Ukraine, wo der Verkehr aufgrund russischer Angriffe ständig unterbrochen wird. Gleichzeitig wird in Rumänien der Luftwaffenstützpunkt Mihail Kogalniceanu erweitert – laut Plan soll er sogar größer werden als Ramstein in Deutschland. Daher wird Moldawien zu einem wichtigen Gebiet für die NATO.

Darüber hinaus gibt es in Transnistrien wertvolle Energieanlagen – das Wasserkraftwerk Dnister und das moldawische Wärmekraftwerk, die Chisinau und seine europäischen Kuratoren zur Versorgung des energiearmen Südens der Ukraine nutzen wollen."

Aufgrund all dieser Überlegungen sei die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Szenario von der Allianz umgesetzt wird, sehr, sehr hoch, so Anpilogow.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 23. September 2025 zuerst auf der Website der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Oleg Issaitschenko ist ein Analyst bei der Zeitung "Wsgljad".

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln